



Wahlprogramm der BVB / FREIE WÄHLER

für die Landtagswahl 2014

Präambel.....	2
1. Arbeit / Soziales / Familie / Senioren / Kinder & Jugend	2
2. Bildung / Migration / Kultur / Sport	8
3. Gesundheitspolitik.....	12
4. Strukturpolitik / ländliche Entwicklung / Infrastruktur/ Verkehr	13
5. Wirtschaft / Innovation / Forschung und Entwicklung / Energie	22
6. Landwirtschaft und Verbraucherschutz	25
7. Umwelt.....	27
8. Inneres und Justiz	32
9. Haushalt und Finanzen	36

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Präambel

Die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler (BVB / FREIE WÄHLER) sind der landesweite Zusammenschluss von unabhängigen kommunalen Wählergruppen und Bürgerinitiativen im Land Brandenburg. Wir sind von der Überzeugung getragen, dass der Wille der Menschen das höchste Gut unserer Demokratie ist. In unserer Verantwortung gegenüber den Menschen und der Natur haben wir uns daher entschlossen, unser demokratisches Recht auf aktive Teilhabe an der politischen Willensbildung als Bürger wahrzunehmen. Wir möchten den Menschen eine echte, verlässliche Alternative zur Wahrnehmung ihrer Interessen bieten. Gemeinsam mit den Bürgern wollen wir unser Land positiv gestalten. Wir setzen dabei auf die Erfahrung und Liebe der Menschen zu Brandenburg und haben gemeinsam das nachfolgende Landtagswahlprogramm entwickelt. Es ist geprägt von der Überzeugung, dass ein auf Verständigung gerichtetes Miteinander, ein direktes Mitwirken der Bürger bei Entscheidungen und der Wille zu entschlossenem Handeln uns alle voranbringen können. Dabei stellt die Reihenfolge der Themen keine Wertung dar, weil jeder Bereich eine wichtige Bedeutung für unser Land hat.

1. Arbeit / Soziales / Familie / Senioren / Kinder & Jugend

Ehrenamt

Ehrenamt und Engagement sind ein wichtiges Rückgrat unserer Gesellschaft. Auch die politische Arbeit in den Städten und Gemeinden Brandenburgs findet auf dieser Basis statt und gewährleistet damit maßgeblich den Erhalt der Demokratie und füllt diese erlebbar mit Leben. Im Ehrenamt gibt es unterschiedlichste Aufgabenschwerpunkte, die durch Vereine und Institutionen unterstützt und begleitet werden.

Der Stellenwert ehrenamtlichen Engagements muss daher landesweit höher eingestuft werden.

Der Bürger soll motiviert und engagiert an Projekte und damit verbundene Probleme herangehen und Alternativen suchen. Gerade Senioren und Vorruheständler und deren Erfahrungen sollen wirksam genutzt werden, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Wir treten für den Erhalt unserer etwa 1300 Vereine mit ca.70000 Mitgliedern im Land Brandenburg ein. Neben einem öffentlichen Grün in unseren Gemeinden haben unsere Vereine

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



auch einen sozialen Aspekt. Für eine geringe Pacht ist es auch Leuten mit kleinen Geldbeutel, z.B. Vorruehständler, Senioren, junge Familien möglich, einen Garten zu pachten.

Es ist ein erfreulicher Umstand, dass in dieser Gesellschaft immer noch eine hohe Anzahl an Männern und Frauen existiert, welche die anspruchsvollen Tätigkeiten eines Ehrenamtes ausüben.

Obwohl dieses Engagement fortwährend gelobt wird, verschlechtern sich die Bedingungen immer mehr. **Wir fordern die ausreichende Ausstattung und Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen**, da durch ihre Arbeit ein hoher Mehrwert in Brandenburg geschaffen wird, ohne deren Einsatz viel höhere Kosten für das Land entstehen würden. Evtl. gezahlte Aufwandsentschädigungen dürfen nicht mehr Einkommen durch Finanzamt anrechnet werden.

Der Erhalt und der Ausbau von Freiwilligenagenturen und die finanzielle Ausstattung der Vereine und Verbände vor Ort sind daher unbedingt erforderlich, anstatt Regierungsbeauftragte für das Ehrenamt zu ernennen. Nur durch Strukturen vor Ort können erfahrene Persönlichkeiten ihr Wissen an den Nachwuchs weitergeben.

Anerkennung und Würdigung der Leistungen im Ehrenamt müssen eine Selbstverständlichkeit in Brandenburg sein, damit die Lebensqualität schrittweise verbessert werden kann.

Arbeitsmarktpolitik

BVB / FREIE WÄHLER will dem drohenden Fachkräftemangel mit gezielter Bildung, attraktiven Lebens- und Arbeitsbedingungen und intelligenter Förderpolitik begegnen.

Der Arbeitsmarkt der Zukunft verlangt nach fachlich versierten, lernfähigen und flexiblen Arbeitskräften. Dazu müssen vom Land entsprechende **Initiativen für Aus- und Weiterbildung und zur Steigerung der Flexibilität** konzipiert sowie bedarfsgerechter und zielorientierter genutzt werden.

Die Anwerbung von Fachkräften aus anderen Bundesländern und die **Sicherung des Verbleibs der einheimischen Fachkräfte** sind nur möglich, wenn Brandenburg als attraktives Land für das tägliche Leben und die Karriere wahrgenommen wird.

Eine Steigerung der Flexibilität bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern ist nur mit Hilfe einer modernen Infrastruktur möglich. Dies bezieht sich in einem Flächenland wie Brandenburg nicht nur auf die Verkehrswege sondern auch auf die Kommunikation.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



BVB / FREIE WÄHLER fordert analog des Freiwilligen Sozialen Jahres und des Freiwilligen Ökologischen Jahres die Stärkung und **aktive Bewerbung des Freiwilligen Technischen Jahres** in Brandenburg.

In Deutschland sind alleinerziehende Elternteile immer noch von weiten Teilen des Arbeitsmarktes ausgegrenzt. Eine **Verbesserung der Möglichkeiten in diesem Bereich durch neue Betreuungsmodelle und Netzwerke** kann einen Wettbewerbsvorteil für hochqualifizierte Alleinerziehende bedeuten. Damit würde sogar die demografische Entwicklung positiv beeinflussbar sein.

Sozialpolitik

BVB / FREIE WÄHLER spricht sich für weniger Bürokratie und mehr Transparenz der gesetzlichen Versicherungssysteme aus. Wir wollen den Sozialstaat erhalten und fördern, in dem wir leben.

Vom Land und in den Kommunen vor Ort wirksam gestaltete Sozialpolitik hat nicht zwingend zur Folge, dass zusätzliches Geld ausgegeben werden muss. **Es müssen vielmehr Netzwerke zwischen den verschiedenen Einrichtungen geschaffen werden**, welche einer Koordination vor Ort bedürfen. *So könnte z.B. eine Schulklasse einmal in der Woche für ein paar Stunden in einem Seniorenheim helfen oder Rentner könnten Kindern im Kindergarten etwas vorlesen. Die Möglichkeiten sind vielseitig, genauso wie es unsere Gesellschaft ist.*

Behindertenrechte

Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass im Land Brandenburg die Betroffenen ein größeres und vor allem direktes Mitspracherecht bei allen für Behinderte relevanten Fragen erhalten.

Bestehende Selbsthilfegruppen und Interessenvertretungen sollten eine höhere politische Beachtung und vor allem Einbindung finden. Eine Landesregierung sollte aber auch daran zu messen sein, wie sie sich für die Schwächsten der Gesellschaft einsetzt, die sich oft nicht selbst vertreten können, auch wenn das mit höheren Kosten verbunden ist.

Die Förderschulen in Brandenburg haben sich bewährt und sind zu stärken. Vorrang vor finanzpolitisch motivierten Reformen dieser Bildungseinrichtungen hat in jedem Fall das Wohl jedes einzelnen Kindes.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Die Behindertenkonvention der UN muss endlich durchgesetzt werden, hierbei ist Augenmaß und Feingefühl notwendig. Diese Umsetzung darf nicht dazu führen, dass erreichte Positionen zu Gunsten der Kostenminimierung aufgegeben werden müssen.

In diesem Zusammenhang muss endlich und dringend eine Entbürokratisierung erfolgen, um Angehörige von Behinderten, die durch die Dauerbelastung der Betreuung intensiv beschäftigt sind, bei Antragstellungen für mögliche und notwendige Leistungen zu entlasten.

Hierzu sollten verbindliche Kontakte zu anderen Bundesländern aufgebaut werden, bei denen Fragen und Regelungen mit Behinderten weitaus besser und einfacher gelöst werden als in Brandenburg. Ebenfalls muss hierbei eine Vereinheitlichung der Begriffe, also eine Sprachregelung, erfolgen, um einen Zustand der Missverständnisse zwischen den Behörden zu beenden.

Familienpolitik

Wir als BVB / FREIE WÄHLER sehen in einer gesunden Familienpolitik einen wesentlichen Beitrag zu einer harmonischen Gesellschaft mit Zukunftsperspektiven.

Dazu unterstützen wir die Schaffung von mehr Kita- und Hortplätzen, die bessere Integration von Beruf und Familie, umfangreiche Bildungsangebote von der Grund- bis zur Hochschule sowie weitere Maßnahmen, die die Familienbildung befördern und die Geburtenzahlen erhöhen sollen. Auch die Gleichstellung von Mann und Frau im Beruf stärkt die Familien.

Zu den Rahmenbedingungen einer gesunden Familienpolitik zählen wir auch eine familienfreundliche Infrastruktur, ausreichende gesundheitliche Betreuung und ausreichend Freizeitangebote auch in der Fläche.

Im Familien- und Sozialrecht gibt es noch nicht genutzte Potentiale, um die Rechte und Stellung der Familien zu stärken. Oft müssen Familien um ihre Rechte kämpfen, weil die ökonomischen Entscheidungen über der Familie stehen und deren Entfaltung einschränken. Auch im Arbeitsrecht sind Frauen noch immer gegenüber ihren männlichen Kollegen benachteiligt. An dieser Stelle ist noch viel Arbeit zu leisten.

Ein weiteres Augenmerk liegt auf der **Unterstützung von zugewanderten Familien**, die sich immer mehr zu einer wirtschaftlichen Stütze für Deutschland entwickeln.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Seniorenpolitik

Die demografische Entwicklung in Brandenburg führt zu einem Anwachsen der älteren Bevölkerung, was eine Veränderung der Prioritätensetzung zur Folge haben muss.

Die insgesamt unbefriedigende **medizinische Versorgung**, bei der insbesondere der demografische Faktor unzureichend berücksichtigt wird und trotz bestehenden Bedarfs formell eine Überversorgung besteht, **muss neu strukturiert und organisiert werden**. Hier sind sowohl Politik als auch Kassen und Ärzteverbände gefordert, vernünftige Lösungen anzubieten. Dazu werden wir mit den zuständigen Stellen ins Gespräch kommen und darauf drängen, dass den geleisteten Versprechungen auch Taten zur Veränderung folgen.

Bei der **Qualität und Finanzierung der Pflege im Alter** sowohl ambulant als auch stationär besteht trotz positiver Entwicklungen in der Gesetzgebung insbesondere hinsichtlich einer ganzheitlichen Pflege und Betreuung und deren Finanzierung noch großer Verbesserungsbedarf.

Auch die **Gefahr einer zunehmenden Altersarmut** steigt immer weiter an. Hier muss vor allem die Politik auf allen Ebenen aktiv werden, um zum einen die Renten so zu gestalten, dass ein Leben in Würde auch im Alter möglich ist und zum anderen **durch spezielle soziale Projekte und Netzwerke den Menschen zu helfen**, die im Alter unverschuldet in Not geraten sind.

Die Kreissenorenbeiräte sind zu stärken und in alle wichtigen Entscheidungen der Politik mit einzubeziehen.

Kinder und Jugend

BVB / FREIE WÄHLER fordert eine stärkere Einbindung junger Menschen in demokratische Entscheidungen. Es ist für politisches Engagement zu werben, z.B. durch Schulbesuche, Informationen von Kommunalpolitikern aller Fraktionen im Unterricht über kommunalpolitische Arbeit in den Regionen, Einladungen von Schülergruppen zu Gemeindevertretungen usw., in denen Themen der Jugendlichen und Kinder behandelt werden. Regionale und gesellschaftliche Zusammenhänge sind zu erklären und zu erläutern.

Sozialraumorientierte Jugendarbeit muss weiter ausgebaut werden und auch im ländlichen Raum präsent sein. Dabei muss auch die Schule besser eingebunden werden, Schulsozialarbeiter sind vom Land zu finanzieren, zu fördern und zu unterstützen, Ämter vor Ort zu vernetzen, Jugendclubs,

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Feuerwehr, Sportvereine und die Kirche einzubeziehen. In den Vereinen vor Ort muss Präventionsarbeit für Jugendliche geleistet werden.

Jugendfreizeiteinrichtungen sollen erhalten und auch im strukturschwachen ländlichen Raum soll bezahlbare Unterstützung organisiert werden. Wir wollen Jugendclubs mit kontrolliertem Internetzugang und entsprechender Anleitung zum bewussten Umgang mit diesem Medium. Ein kostenneutraler oder zumindest kostengünstiger Zugang zu Sport- und Freizeiteinrichtungen ist notwendig, um Kinder und Jugendliche zu diesen Aktivitäten zu motivieren. BVB / FREIE WÄHLER fordert eine Förderung von ehrenamtlicher Jugendarbeit und von ehrenamtlichem Engagement in der Freizeit sowie die Schaffung von mehr bezahlbaren individuellen Betreuungsmöglichkeiten, orientiert am Einkommen der Eltern bspw. durch die flächendeckende Förderung von so genannten „Leihoma-Services“.

Besonders wichtig ist die Förderung familiengerechter Arbeitsplätze und die damit verbundene Kinderbetreuung am Arbeitsplatz, um weite Wege im Flächenland Brandenburg zu reduzieren. Zum Vorteil der Kinder ergibt sich dadurch mehr intensive Betreuungszeit mit den Eltern und nicht in den Einrichtungen. Flexiblere Betreuungszeiten, die den Bedürfnissen der Eltern entsprechen und bedarfsgerechte sowie hochwertige Kinderbetreuungsangebote sind ebenfalls notwendig. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht zuletzt ein zentraler Schlüssel zur **Bekämpfung von Kinderarmut**.

Die Bildung im Elementarbereich ist ein entscheidender Faktor für den weiteren Lebensweg eines jeden Kindes. Kinder brauchen gerechte Startchancen. Eltern hingegen benötigen qualifizierte und verlässliche Kinderbetreuung in Kindertagesstätten und bei Tagesmüttern, um ihr Familien- und Berufsleben vernünftig vereinbaren zu können.

Wir müssen **Mobilität für alle Schülerinnen und Schüler** durch die Abgabe eines kostenfreien VVB-Tickets für die betreffende Region ermöglichen und zugleich extrem lange Anfahrtswege zu den Schulen vermeiden. Gleiches gilt für die Erreichbarkeit von Freizeit- und Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche. Es müssen funktionierende Sozialräume mit entsprechenden Angeboten vor Ort erhalten oder geschaffen werden.

Wir wollen Kinder und Jugendliche zu einem ökologisch bewussten Konsum anleiten, Naturverbundenheit vom Kindergarten bis in die Schule fördern und dabei regional unterschiedliche Schwerpunkte setzen, um eine Identifikation mit dem Land Brandenburg und seinen unterschiedlichen Regionen zu erreichen und fortlaufende Abwanderung zu verringern.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



BVB / FREIE WÄHLER vertritt die Ansicht, dass Prävention immer kostengünstiger ist als eine dauerhafte und langzeitliche Intervention. Werden Probleme früh erkannt, kann besser entgegengewirkt werden, als wenn diese sich als dauerhaftes Verhaltensmuster verfestigen. Auf der anderen Seite soll eine schnellere und konsequentere Anwendung des Jugendstrafrechts die Erziehung der Kinder und Jugendlichen unterstützen und negative Auswüchse verhindern helfen.

Ein spezielles Auffangnetz sollte schon während der Schwangerschaft wirksam werden, um das ungeborene Leben zu schützen. Risikofaktoren wie Alkohol- oder Tabakkonsum **der Eltern müssen früh erkannt werden; professionelle Hilfe** z.B. durch mobile Sozialarbeiter oder in Eltern-Kind-Heimen muss angeboten werden.

2. Bildung / Migration / Kultur / Sport

Bildungspolitik

Wissen und Erfolg sind Pfeiler einer Gesellschaft!

Wir fordern mehr Kontinuität im Bildungswesen.

Wir treten ein für eine effiziente und umfassende Bildung in Schulen ohne hemmende Verordnungen und mehr Eigenständigkeit in ihrer Erziehungs- und Bildungsarbeit bei gleichem Bildungsziel auf Basis eines einheitlichen Lehrplanes. Auf diese Weise können gleichartige Schulabschlüsse an unterschiedlich ausgerichteten Schulen erzielt werden, die dann als gleichwertig zu betrachten sind.

Wir fordern weiterhin eine bedarfsgerechte Ausbildung und eine verstärkte, fachgerechte Festeinstellung von Lehrern.

Bereits im Kindergarten und besonders im Vorschulalter der Kinder muss die Erziehung so gestaltet werden, dass die im Spiel entstandenen Erfahrungen zu neuen Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten führen. Und schon jetzt müssen die Kinder das Lernen lernen und erfahren, dass Lernen Spaß macht.

In der Grundschule müssen bereits die Themen Gesundheit, gesunde Ernährung und Bewegung behandelt werden.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Wir setzen uns ein für die Erhaltung und Förderung unterschiedlicher Schulformen mit einem vielfältigen Angebot und einem Mindeststandard, welcher Lernbehinderten, Körperbehinderten und Hochbegabten gleichermaßen gerecht wird. Auch Schulen im ländlichen Raum müssen in ausreichender Dichte erhalten bleiben. Zudem setzen wir uns **für Lernmittelfreiheit** ein.

BVB / FREIE WÄHLER steht für einen Ausbau des Schulsports ein, der an Brandenburger Schulen teilweise vernachlässigt wird. Ohne ausgiebigen und intensiven Sport ist die Entwicklung der Heranwachsenden mit erheblichen Gesundheitsrisiken und Motivationsproblemen verbunden. Wir fordern deshalb ein **landesweites Konzept für den Schulsport**, ohne Ausfallstunden und mit ganzheitlichen sportlichen Ansätzen zur umfassenden sportlichen Ertüchtigung. Dabei müssen Koordination, Geschicklichkeit, Gymnastik, Kondition, Feinmotorik mit den Kindern gezielt erarbeitet werden.

Jugendliche müssen vor der Aufnahme einer Berufsausbildung fachgerecht beraten werden, um erfolgreich einen Abschluss zu erreichen. Danach muss ein lebenslanges Lernen durch Erfahrungen und Nutzung zusätzlicher Ausbildungskurse erfolgen.

BVB / FREIE WÄHLER fordert einen Verzicht auf die länderpolitischen Interessen im Bildungssektor. Bildung ist zwar eine Länderaufgabe, muss aber aufgrund der von den Bürgern geforderten Flexibilität und Mobilität auch nationalen Vergleichsstandards zugänglich sein. Wir fordern deshalb entsprechende Initiativen des Landes Brandenburg im Bundesrat und in der Kultusministerkonferenz für eine bundeseinheitliche Bildungspolitik mit einheitlichen Lehrplänen und gleichwertigen Schulabschlüssen verschiedener Schulen sowie zur Aufhebung des Kooperationsverbots bei Bildungsbereich zwischen dem Bund und den Ländern. Dabei könnten auch Einsparungspotenziale im Landeshaushalt erschlossen werden.

Migrationspolitik

Die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler stehen für eine von Respekt und Miteinander getragene Migrationspolitik. In den vergangenen Jahren wurden bereits wichtige Schritte auf diesem Gebiet im Land Brandenburg unternommen. Zugleich sehen wir noch viele Chancen, Brandenburg zu einem modernen, den Wert der Vielfalt schätzenden Land zu entwickeln.

Deshalb fordern wir eine bessere Unterstützung von Menschen mit Migrationsgeschichte. Im Arbeitsmarktbereich gilt es diese Menschen auch auszubilden und Stellen bereit zu stellen, auf

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



denen interkulturelle Kompetenz gefragt ist und honoriert wird. Deutschsprachkurse sind flächendeckend, kostengünstig anzubieten. So kann auch dem Fachkräftemangel in bestimmten Bereichen begegnet werden.

Zugleich sind die Schülerinnen und Schüler zu motivieren, andere Sprachen in noch größerem Umfang zu erlernen.

Die Verbesserung der sozialen Situation der Menschen mit ausländischem Pass ist uns wichtig. Wir setzen uns für die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft ein. Die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ist ebenbürtig zu ermöglichen. Wir werben für die Einrichtung kultureller Zentren zur Förderung des Dialogs. Durch lokale Stätten der Begegnung können sich die unterschiedlichen Kulturen und Traditionen kennen lernen und befruchten.

Angesichts der wachsenden Zahl von Asylsuchenden sind Land und Kommunen gefragt. Hier fordern wir zum einen eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen, um Abschiebungen nach jahrelangem Aufenthalt zu vermeiden und werben wir für eine gemeinsame Kraftanstrengung zum Ausbau der dezentralen Unterbringung in Wohnungen. Bis dahin sind die bestehenden Asylbewerberheime in einen besseren Zustand zu versetzen, der ein würdiges Leben ermöglicht. Dazu und zu einer frühzeitigen und besseren Integration könnte auch ein Recht auf Arbeit für diese Menschen beitragen.

Wichtig ist zugleich die Verteidigung der religiösen Toleranz. Gemeinsam mit den Bürgern müssen Anstrengungen unternommen werden, die ein friedliches Zusammenleben sicherstellen und Aufwiegelungen zum Hass konsequent entgegentreten. Hierzu sollten bereits in der Schule die Grundlagen gelegt werden. In den Unterricht müssen interdisziplinäre Elemente der Kultursensibilität und Toleranz einfließen.

BVB / FREIE WÄHLER fordert ein **aktiveres Wirken der sog. Härtefallkommissionen zur Verhinderung von Abschiebungen.** Zudem sind die Wohn- und Lebensverhältnisse in Asylbewerberheimen schnellstmöglich zu verbessern.

Das Wahlrecht ist allen Menschen mit Lebensmittelpunkt in unserem Bundesland zu gewähren. Auch Migrantinnen und Migranten sollten das Recht haben, ihr Umfeld aktiv mitzugestalten. Daher sollen sie auch eine Stimme bei den Kommunal- und Landtagswahlen bekommen.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Kulturpolitik

BVB / FREIE WÄHLER spricht sich gegen die sich in den letzten Jahren abzeichnende Kürzung der Förderungsmittel und die dadurch resultierende Umwälzung der Kosten auf die Familien aus. Kindern den Unterricht an einer Musikschule zu ermöglichen, darf kein Luxusgut werden. Dabei sind die Talentförderung und die Grundbedarfsdeckung in einen sinnvollen Einklang zu bringen. Parallel dazu ist die Errichtung einer Musikhochschule zu prüfen.

Kulturelle Angebote gehören zur Daseinsvorsorge. Statt einer Konzentration auf Projekte in der Landeshauptstadt sind die Fördermittel zur flächendeckenden Versorgung des Landes zu verwenden. Bürgern der berlinnahen Regionen soll die Nutzung der umfangreichen Berliner Kulturangebote erleichtert werden. Ein landesweites Museums- und Theaterkonzept ist zu entwickeln, um allen Brandenburgern kulturelle Güter dauerhaft nahebringen zu können.

Gelebte Demokratie und Transparenz ist die Basis erfolgreicher Kulturpolitik, denn die öffentliche Hand ist einer der wichtigsten Förderer der Kultur. **Wir fordern die Errichtung eines Landeskulturbeirates, der die Aufgabe hat, das Land Brandenburg in Fragen zur Kulturpolitik zu beraten.** Außerdem würde dieser für die Koordinierung der kulturellen Bildungspolitik und die Erarbeitung von Konzepten zuständig sein und gemeinsam mit den staatlichen Kulturstiftungen und anderen Akteuren kulturelle Projekte durchführen. Der Beirat soll das Bindeglied zwischen den Künstlern und der Politik sein.

Wir unterstützen die Mit- und Selbstbestimmungsrechte in Kultur und Bildung der Sorben und Wenden.

Sportpolitik

BVB /Freie Wähler wird sich nach der Wahl für die Auflage eines Förderprogramms zur angemessenen Unterstützung eines Baus von Sportanlagen einsetzen.

Der freie Zugang zu öffentlichen und öffentlich geförderten Sportgeländen und Sportstätten sollte allen Sportlern garantiert werden, solange der Normalbetrieb es zulässt und keine Schäden oder Beeinträchtigung zu befürchten sind.



3. Gesundheitspolitik

Gesundheit

Der eklatante Mangel an Landärzten stellt für das Flächenland Brandenburg eine große Herausforderung für die ärztliche Versorgung der Zukunft dar. **BVB / FREIE WÄHLER möchte Anreize für junge Ärzte schaffen, sich in Brandenburg niederzulassen.** Als Instrumente können dafür Prämien oder Steuererleichterungen dienen. Außerdem ist der Einsatz mobiler Arztpraxen zu fördern.

BVB / FREIE WÄHLER befürworten die Einführung einer Bürgerversicherung, um jede Person der Gesellschaft am Krankenkassensystem in Deutschland zu beteiligen und damit die Last auf alle Schultern zu verteilen. Von dieser Versicherung wird nur die Grundversorgung auf dem Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung übernommen, weitere Dienste können über private und öffentliche Zusatzversicherungen hinzu gebucht werden. Zugleich muss jedoch sicher gestellt werden, dass die Leistungen der Grundversorgung nicht weiter reduziert werden. Die bestehenden gesetzlichen Krankenversicherungen sollen in einige wenige Gesellschaften zusammengeführt werden, um Verwaltungskosten zu sparen.

Wir fordern die Schaffung einer medizinischen Fakultät in Brandenburg.

Weiterhin fordern wir **mehr Wettbewerb bei Apotheken und damit verbunden die freie Öffnung des Gewerbes sowie freie Preisgestaltung** (mit nach oben gedeckelten Preisen), umso günstigere Preise bei Medikamenten zu erreichen.

Nichtraucherschutz

Der Tabakkonsum hat unbestritten negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit. **Das Brandenburgische Nichtraucherschutzgesetz ist daher weiterzuentwickeln.**

BVB / FREIE WÄHLER will den Menschen nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben gestalten, doch da, wo die Gesundheit anderer gefährdet wird, endet die Freiheit des Einzelnen. Aus diesem Grund stehen wir für ein konsequentes Rauchverbot in Diskotheken, Hotels, Kultureinrichtungen und sämtlichen Gaststätten. Ausnahmen sollen nur dann möglich sein, wenn separate Raucherräume



baulich von übrigen Räumen getrennt sind. Das Rauchverbot ist von den Behörden konsequent umzusetzen.

Im schulischen Bereich ist der Wissensvermittlung über die Folgen des Tabakkonsums eine stärkere Priorität als bisher einzuräumen.

4. Strukturpolitik / ländliche Entwicklung / Infrastruktur/ Verkehr

Strukturpolitik

Ziel von Strukturpolitik ist die Vermeidung von strukturellen und regionalen Entwicklungsdefiziten und die Überwindung möglicher Strukturkrisen.

Nur auf diese Weise lässt sich die Zielstellung erreichen, die Neuverschuldung zu stoppen, den Schuldenabbau im Land einzuleiten und zugleich weitestgehend gleiche Lebensbedingungen für die Bürger unseres Landes zu gewährleisten.

BVB / FREIE WÄHLER wollen dies in erster Linie durch eine gezielte Unterstützung und Förderung des Klein- und Mittelstandes in Brandenburg erreichen. Ebenso wichtig ist und eine optimale Instandhaltung und – wo noch notwendig – ein weiterer Ausbau der Infrastruktur (Verkehrswege, Telekommunikation, Stromnetze) als notwendige Basis, um Brandenburg für die Zukunft wettbewerbsfähig zu halten oder zu machen.

Die Steigerung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen auf der Basis guter Bildung und hervorragender Forschung und Entwicklung ist hier für BVB / FREIE WÄHLER der zentrale Ansatzpunkt. Wir setzen dabei auf eine aktive und positive wirtschaftliche Entwicklung, die über mehr und qualifiziertere Arbeitsplätze und mehr Steuereinnahmen die Zielerreichung ohne Steuererhöhungen und möglichst auch ohne Leistungsabbau möglich werden lässt.

Voraussetzung für die frühzeitige Weiterentwicklung von Innovationen zu marktfähigen Lösungen und Produkten ist die gezielte und forcierte wirtschaftliche Entwicklung über Startups und Spinoffs sowie bereits bestehende kleine und mittelständische Unternehmen in enger Kooperation von Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Die Entscheidung über die Innovationen, die besonders förderungswürdig sind, sollte vor Ort in einem Verbund von Forschungseinrichtungen

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Unternehmensverbänden und Kammern erfolgen. Dies hat nicht die Politik zu entscheiden, sie muss nur für die passgenauen Förderinstrumente sorgen.

Die Verkehrswege und Stromnetze müssen der Nachfrage entsprechend zeitnah und optimal in Stand gehalten und zukunftsorientiert ausgebaut werden. Dies beträfe aktuell bspw. den Ausbau der Stromnetze zur optimalen Unterstützung des Ausbaus der regenerativen Energien je nach den örtlichen Gegebenheiten.

Um dauerhaft annähernd gleiche Lebensbedingungen für alle Bürger unseres Landes zu gewährleisten oder wenigsten wieder herstellen zu können, wollen wir die jeweils tragfähigsten Entwicklungsmöglichkeiten in den einzelnen Regionen unseres Landes identifizieren. Diese sollen durch die regionalen und lokalen Wirtschaftsförderungseinrichtungen in enger Kooperation mit den vorhandenen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen bestimmt werden. Auch hier darf es keine Vorgaben von oben oder willkürliche Entscheidungen der Landespolitik geben. Die Politik der Konzentration auf einige wenige von oben politisch bestimmte Förderzentren ist überholt.

Auch die (räumliche) Gestaltung und Organisation der öffentlichen Verwaltungen spielt für die strukturelle Entwicklung eine unterstützende Rolle (vgl. hierzu das Kapitel Verwaltungsorganisation).

Ländliche Entwicklung

Unsere Bürger sollen in ihrer angestammten Heimat bleiben können.

Die Land- und Forstwirtschaft ist ein bedeutender Arbeitgeber und ein wichtiger Pfleger und Bewahrer der ländlichen Kulturlandschaft. **Daher fordern wir als BVB / FREIE WÄHLER die Stärkung der ländlichen Regionen und somit eine nachhaltige ländliche Entwicklung.**

Die Stärkung der ländlichen Betriebe durch niedrige Kreditzinsen, günstige Pacht- bzw. Kaufkonditionen für ehemalige Treuhandländereien ist dringend notwendig. Es muss einen Bestandschutz über Treuhandflächen für Betriebe bis 2000 Hektar geben.

Nur gemeinsam lassen sich Landwirtschaft und Naturschutz entwickeln.

Wir fordern staatliche Unterstützungsmaßnahmen bei nicht durch den Landwirt verschuldeten Ertrags- bzw. Einnahmeausfällen und unbürokratische Genehmigungsverfahren und Kreditvergaben bei der Schaffung von neuen Geschäftszweigen der Land- und Forstwirtschaft.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Der öffentliche Nahverkehr ist eine wichtige Grundvoraussetzung für die Teilhabe am Leben. Um einen kostendeckenden Nahverkehr **auf Dauer zu erhalten** sind wir für mehr kleinteilige und dem Bedarf angepasste Angebote von Bus und Bahn oder die Einrichtung von Abholservices und Rufbussystemen.

Auch der **flächendeckenden Versorgung im Gesundheitswesen** kommt eine große Bedeutung zu. Es sind stärkere staatliche Anreize für die Niederlassung von Allgemein- und Fachärzten im ländlichen Raum zu schaffen, um besonders unsere älteren Mitbürger zu versorgen. Das Prinzip der Gemeindeschwester sollte wiederbelebt werden. Der Einsatz von mobilen Landärzten, der Ausbau eines Medikamentenlieferservice oder mobiler Apotheken ist zu unterstützen.

Die **örtliche Versorgung in den ländlichen Gebieten** ist oft als mangelhaft zu bezeichnen. Daher wollen wir die Schaffung eines mobilen Verkaufssystems für Lebensmittel und Grundbedarf unterstützen.

Der **Seniorenbetreuung in den ländlichen Gebieten** kommt eine immer wichtigere Bedeutung zu. Daher unterstützen wir die Schaffung von Seniorenklubs mit Ganztagsangeboten und Mittagsversorgung, sowie mehr betreute Wohnangebote vor Ort.

Mit der Umsetzung der Polizei- und Justizreform hat besonders in den ländlichen Regionen das Sicherheitsgefühl der Bürger deutlich abgenommen. **Die Polizeipräsenz und somit das schnelle Erscheinen vor Ort sind durch angemessene Reaktionszeiten – ähnlich denen im Rettungsdienst - im ganzen Land abzusichern.**

Moderne Kommunikationsmöglichkeiten auf dem Land stehen noch immer nicht in zufriedenstellendem Umfang zur Verfügung. Daher fordern wir **die Schaffung eines flächendeckenden Breitbandsystems für mindestens 90 Prozent der Haushalte im ländlichen Raum.**

Infrastrukturpolitik

Bei der Landesplanung darf nicht nur der Bereich um Berlin vorrangig betrachtet werden. Brandenburg ist ein Flächenland und muss daher auch im Ganzen wahrgenommen werden. Die Mittelzentren und Gemeinden außerhalb des so genannten „Speckgürtels“ von Berlin müssen mehr Unterstützung vom Land erhalten, da sie nicht von der Nähe zur Bundeshauptstadt profitieren.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Durch strukturelle Veränderungen sind viele Kommunen in Brandenburg kaum noch in der Lage, Pflichtaufgaben zu erfüllen. Wichtige Projekte beim Straßenbau und bei der Straßeninstandsetzung können nicht mehr realisiert werden. **Die Landesregierung muss mehr Augenmerk auf den Erhalt der vorhandenen Straßen im Landes- und Kreisbereich legen.** Die für den Bereich der Mobilität eingenommenen Steuern müssen endlich auch in die Zukunft der Mobilität investiert werden.

Die Kürzung der Städtebauförderung durch die Bundesregierung ist mit erheblichem Verlust an Investitionskraft in den Ländern verbunden, was sich schließlich auch negativ auf die Investitionstätigkeit der Kreise und Kommunen auswirkt. Dem ist über den Bundesrat entgegen zu wirken. Durch diese Kürzungen fehlen Aufträge für den ortsansässigen Mittelstand mit entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

BVB / FREIE WÄHLER fordert ein Umdenken bei Bundes- und Landesregierung bei der Städtebau- und Infrastrukturförderung, um der strukturellen Destabilisierung großer Landesteile entgegenzuwirken und zukünftig wieder wenigstens annähernd gleiche Lebenschancen für alle Brandenburger bieten zu können. Entsprechende **Planungs- und Genehmigungsverfahren sind bei gleichzeitiger frühzeitiger Einbeziehung der Bürger zu vereinfachen und straffen.**

Verkehrspolitik

Mobilität ist für Personen und Wirtschaftsgüter unabhängig von der Wahl der Verkehrsmittel kostengünstig und nachhaltig zu gestalten.

Unter Beachtung der Freiheit des Einzelnen in der Mobilitätsgestaltung fordern wir ein System, in dem die tatsächlichen volkswirtschaftlichen Kosten des Verkehrs auf den jeweiligen Verursacher umgelegt werden. Dabei ist unnötiger Verkehr zu vermeiden, ansonsten ist zur Zweckerfüllung die Verkehrsart mit dem wirtschaftlich geringsten Aufwand zu wählen.

Leistungsfähige Transportsysteme waren und sind unabdingbare Voraussetzungen für die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft. Als Vertreter einer sozialen Marktwirtschaft ist BVB /FREIE WÄHLER auf keine Verkehrsform ideologisch festgelegt. Wir fordern aber, dass die Verkehrsfragen und -lösungen immer wieder auf Notwendigkeit, Kosten und Nachhaltigkeit, also entsprechend auf die Sinnhaftigkeit für den Verkehrsbereich und darüber hinaus auch auf die Korrelation mit anderen Bereichen von Gesellschaft und Wirtschaft überprüft werden.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Es gibt keine einfachen Antworten auf Fragen des Verkehrs in der Zukunft. Dafür sorgen Unsicherheiten der demografischen Entwicklung im Land und in den unterschiedlichen Regionen und Fragen nach den Wirtschaftsgütern, die im Land zukünftig hergestellt, vertrieben und importiert werden sollen sowie nach den zukünftig zur Verfügung stehenden Energieformen für Transportaufgaben. Letztlich stehen Abwägungen an, wie viel Landressourcen verbraucht werden dürfen, wie viel Gesundheitsgefährdungen in Form von Lärm, Abgasen und aus den Restunsicherheiten jeder Verkehrsform den Teilnehmern und passiven Anwohnern zumutbar sind.

BVB / FREIE WÄHLER setzt auf frühzeitige, solide Erörterung der komplexen Sachverhalte in Fachgremien und mit der Bevölkerung und die Bereitschaft Fehlentwicklungen zu korrigieren. Dazu sollen auch alle Gemeinden ab 1000 Einwohner in die Regionalplanung mit einbezogen werden.

Öffentlicher Personennahverkehr

Im Flächenland Brandenburg mit einer alternden und in vielen Regionen schrumpfenden Bevölkerung ist der öffentliche Personennahverkehr zu stärken und um innovative Angebote wie Anruf-Sammel-Taxis und kommunale Rundbusverkehre zu ergänzen, um Ressourcen zu sparen, die vorgegebenen Ziele bei der Verringerung von Lärm- und Feinstaubimmissionen zu erreichen und den Brandenburgern eine angemessene Teilhabe am Leben im Land durch ausreichende Mobilität zu ermöglichen.

BVB / FREIE WÄHLER fordert ein klares Konzept der Landesregierung zum Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und zur Stärkung gegenüber dem Individualverkehr. Dabei sind die Kommunen bei den notwendigen Investitionen zu unterstützen, gegebenenfalls besser zu vernetzen, um mögliche Synergieeffekte zu erzielen.

Die Schülerverkehre zur Erreichung der nächsten Schule sind für die Schüler und Eltern weiterhin kostenfrei zu halten und landesweit zu koordinieren damit an Kreisgrenzen ein Warten und umsteigen in einen anderen Bus vermieden werden kann.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Flugverkehr

Die Wählerversammlung **Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegung / Freie Wähler** als Verbund von Bürgern, einer Vielzahl von parteiunabhängigen Gruppen und Bürgerinitiativen sieht sich als der natürliche Vertreter der Interessen der Menschen vor Ort in den unterschiedlichen Regionen unseres Landes und damit die Vertretung der Bürgerinitiativen im Land Brandenburg.

Es liegt in unserem Grundverständnis verankert, dass wir uns die Beweggründe, Sorgen, Forderungen, Hoffnungen und Ziele der „Bürgerinitiativen rund um den BER“ zu eigen machen. Wir teilen ihre Sorgen und Forderungen.

Die Bürgerinitiativen von Wilhelmshorst über Blankenfelde-Mahlow bis Neuenhagen und die dort aktiven Bürger sind nicht nur gut informiert und organisiert, sondern sie haben mit ihrer sach- und fachorientierten Arbeit in den letzten Jahren bewiesen, dass sie die Probleme rund um den BER besser kennen, erkennen, analysieren und Schlussfolgerungen ziehen können als Landesregierung und Behörden, die politische Parteien und die sogenannten Experten der FBB und des BER.

Diese Lebenserfahrung beweist, dass die Bürgerinitiativen, in denen ein Vielfaches mehr an Menschen organisiert ist als in den Parteien, am besten wissen, was gut für die Menschen und die Region ist. Deshalb können wir uns ihre fachliche Position und ihre Forderungen zu eigen machen und unterstützen.

BVB / FREIE WÄHLER steht zu einer Anbindung an den nationalen und internationalen Flugverkehr durch einen Flughafen an einem dafür geeigneten Standort. Dies darf nur unter ausreichender Beachtung der Grundrechte und damit vor allem auch der Gesundheit der Bevölkerung realisiert werden.

Der BER in Schönefeld erfüllt diese Voraussetzungen wegen der massiven Betroffenheit von Hunderttausenden von Menschen nicht, da die dortige Lage im Raum einer Innenstadtlage nahe kommt, weshalb Tegel gerade geschlossen werden soll. Deshalb ist jede weitere Investition von unser aller Steuergeld in dieses Projekt am falschen Standort nicht verantwortbar. Dies auch deshalb, weil sich schon heute das ursprünglich vorgegebene Baukostenbudget auf bisher 5 Milliarden Euro verdoppelt hat und selbst die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft oder deren öffentlichen Gesellschafter (Bund, Berlin & Brandenburg) nicht verlässlich mitteilen können, wie teuer der BER schlussendlich wird. Die Problematik der Wirtschaftlichkeit lässt erwarten, dass der BER an diesem Standort einen dauerhaft hohen

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



jährlichen Subventionsbedarf im 3-stelligen Millionenbereich haben wird. Dies würde eine zusätzliche Belastung der öffentlichen Haushalte über Jahrzehnte bedeuten.

Weitere Schwierigkeiten drohen aus absehbaren Kapazitätsengpässen nach einer etwaigen Eröffnung des BER sehr schnell, die eine **3. Start- und Landebahn** südlich der neuen Südbahn erforderlich machen. Diese würde BER-Umlandgemeinden und weitere Stadtteile von Berlin weiter verlärmern, was den gesellschaftlichen Frieden am Boden extrem gefährden könnte.

Die Baukostenexplosion zusammen mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die über Jahrzehnte Defizite in dreistelliger Millionenhöhe ausweisen, sowie die schon zur Eröffnung absehbaren Kapazitätsengpässe legitimieren die seit langem aufgeworfene Frage, ob Schönefeld auf Dauer der richtige Standort für einen gemeinsamen Flughafen der Hauptstadtregion ist.

Deshalb fordert BVB / FREIE WÄHLER einen Volksentscheid über einen neuen und geeigneten Standort. Grundlage dieser Abstimmung müssen im Vorfeld als geeignet ermittelte potentielle Standorte sein. Hierfür muss es jedoch selbstverständlich sein, dass die Befürworter eines neuen, für Mensch und Natur verträglichen Standortes das gleiche finanzielle Budget wie die Landesregierung erhalten, um im Rahmen einer landesweiten Kampagne über ihre Argumente informieren zu können.

Sollte der Volksentscheid stattfinden und im Sinne derjenigen ausgehen, die den Standort Schönefeld aus gesundheitlichen Gründen für unverantwortbar halten, und perspektivisch auch auf Seiten der übrigen Mitgesellschafter Berlin und Bund zu einer Aufgabe des BER in Schönefeld führen, hat während dieser Übergangsphase **der Lärm- und Gesundheitsschutz der Bürger durch passiven Schallschutz und Flugbeschränkungen für BVB / FREIE WÄHLER oberste Priorität.**

Ein Flughafen kann nicht ohne die vollständige Umsetzung dieses Schutzes oder aber einen finanziellen Ausgleich wie bspw. eine „Lärmrente“ eröffnen. Gesundheit ist für uns nicht verhandelbar! Zur Bereitstellung wahrscheinlich schnell erforderlicher weiterer Kapazitäten

könnten Nacht- und Frachtflüge und ggf. auch „Billigflüge“ von anderen vorhandenen Flughäfen in der Region erfolgen, die über eine schnelle Anbindung an den Standort Schönefeld und Berlin angeschlossen werden sollten. Dies muss durch das Land unter fairer Kostenteilung mit Berlin gemeinwirtschaftlich bereitgestellt werden. **Eine weitere Start- und Landebahn am Standort Schönefeld lehnen wir grundsätzlich ab und unterstützen deshalb alle Maßnahmen, dies gesetzlich abzusichern.**

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Wir treten darüber hinaus für die **Verlagerung von Kurzstreckenflugverkehr auf den klimafreundlicheren Verkehrsträger Schiene** ein, weil nicht stattfindende Flüge keinen Lärm und sonstige Umweltbelastungen nach sich ziehen. Generell setzen wir uns dafür ein, dass jeder Verkehrsträger die externen Kosten auch tragen muss.

Schienenverkehr

Im Sinne der Daseinsfürsorge muss der Bund auch in weniger dicht besiedelten Regionen Deutschlands das Fernbahnnetz und den Kern der Regionalnetze in einem zeitgemäßen Zustand ausbauen und erhalten. Zuverlässigkeit, Sicherheit im Betrieb und Verkehr sollten Vorrang vor fragwürdigen Geschwindigkeitserhöhungen haben.

Da schienengleiche Straßen- und Wegekrenzungen auch mit Sicherung durch eine Halbschrankenanlage nach wie vor Unfallschwerpunkte und Stauquellen darstellen, sollten diese abhängig von den Gesamtkosten in **niveaufreie Brückenkreuzungen** gewandelt werden.

Die noch unvollendeten Ausbaustücke des Knotens Berlin für Bereiche der Dresdener, Nord- und Kremmener Bahn sind mittelfristig zur Komplettierung der Infrastruktur einzufordern.

Die Regionalisierungsmittel des Bundes für die Länder sind komplett und sorgfältig für Schienenverkehrsleistungen einzusetzen, damit die flächendeckende Erschließung über Regionalverkehre langfristig aufrecht erhalten werden kann.

Lärmimmissionen sind vor allem durch Innovationen im Bereich Rad-Schiene und durch geringere Geschwindigkeiten im Güterverkehr zu bekämpfen, weil nur dadurch eine annehmbare Gestaltung und eine Kosteneffizienz erreicht werden.

Wasserstraßenverkehr

Das Wasserstraßenprogramm im Zuge des Bundeswegeplanes soll zügig aber ohne Beeinträchtigung der Umwelt als Zukunftsinvestition umgesetzt werden, auch wenn gegenwärtig eine entsprechende Auslastung noch nicht in Sicht ist.

Die kleineren Flüsse und Kanäle sollen mit geringen Aufwendungen für touristische Zwecke vorgehalten werden.



Öffentliches Straßennetz

Das öffentliche Straßennetz trägt die Hauptlast des individuellen, öffentlichen und des Wirtschaftsverkehrs. Dies wird sich angesichts der Investitionspläne im öffentlichen Personennahverkehr auch mittelfristig nicht ändern.

Brandenburg hat ein dichtes Straßennetz, Änderungen und Ergänzungen sind abgesehen von Detaillösungen wie z.B. zur Entlastung von Ortsdurchfahrten nicht nötig. In jedem Fall sollten bei der Verkehrsplanung ingenieurtechnische Lösungen den Vorrang vor umfangreichen Landverbrauch haben und muss der finanzielle Schwerpunkt (bei ausreichendem Volumen) auf den systematischen Erhalt der Straßen gelegt werden.

Last- und Volumenerhöhungen für Lastkraftwagen lehnen wir wegen der negativen Folgen, wie zum Beispiel Behinderung des Individualverkehrs, erhöhte Emissionen und massive Straßenschädigung ab.

Notwendige Baumaßnahmen sind durch die Straßenbaulasträger so zu gestalten, dass der dienende Zweck der Straßen nicht mehr und länger ausgesetzt ist, als bautechnisch für die Baumaßnahme notwendig erscheint und die kosteneffizienteste Lösung unter frühzeitiger Beteiligung der Anwohner realisiert wird.

Fahrradverkehr

Um insbesondere die innerörtliche Verkehrsbelastung durch motorisierten Individualverkehr zu verringern und zugleich den Mobilitätsanforderungen angesichts weiter steigender Treibstoffkosten Rechnung zu tragen, sollte neben dem ÖPNV auf die innerörtlichen Fahrradwege möglichst systematisch ausgebaut werden, dass wesentliche innerörtliche Verkehrsverbindungen durch gute und möglichst direkte Radwegverbindungen (im Idealfall

von den Straßen getrennte) erschlossen werden. Dafür ist ein Förderprogramm des Landes aufzulegen, was die Kommunen schrittweise auch dazu finanziell befähigt. Darüber hinaus muss zukünftig der **Ausbau kreis- und landesstraßenbegleitender Radwege vermehrt auf die Verbindung der Städte und Gemeinden im Nahbereich und weniger auf den Ausbau touristischer (Fern-)Radwegverbindungen ausgerichtet werden.**



5. Wirtschaft / Innovation / Forschung und Entwicklung / Energie

Wirtschaftspolitik

BVB / FREIE WÄHLER bekennt sich zu einer mittelstandsfreundlichen Politik und unterstützt die in unserem Bundesland aktiven Selbstständigen, Gewerbetreibenden und Unternehmer. Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Brandenburger Wirtschaft. Er stellt den Großteil der Arbeitsplätze, bietet Jugendlichen eine berufliche Ausbildung und trägt wesentlich zur Wertschöpfung bei.

Den Schwerpunkt der Ansiedlungspolitik sehen BVB /Freie Wähler in technologieorientierten Unternehmen mit starker Vernetzung in den regionalen Markt. Um die Nachhaltigkeit in Aufbau hocheffizienter Wirtschaftsstrukturen zu gewährleisten, setzen wir auf Unternehmen mit einem hohen Wertschöpfungspotential und einem Bedarf an gut ausgebildeten Fachkräften. Die Wirtschaft kann dabei in Berlin-Brandenburg auf die höchste Dichte an Forschungseinrichtungen und Hochschulen zurückgreifen.

Wir setzen uns für differenzierte Fortführung der Strukturförderung in Land auf der Basis von regionalen Wachstumskernen ein. Dabei muss die Förderhöhe stärker an Leistungs- und Entwicklungsparameter gekoppelt werden. Die gleichmäßige Entwicklung aller Landesteile ist uns wichtig. Wir wollen dezentrale Strukturen stärken, diese aber regional bündeln.

Innovationspolitik

BVB / FREIE WÄHLER fordert den Aufbau einer leistungsfähigen, stabilen, sich durch Innovationen selbst tragenden Wirtschaft. Die Förderpolitik des Landes muss darauf hin ausgerichtet werden.

Der Struktur der Brandenburger Wirtschaft, die fast nur durch kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) geprägt ist, ist durch die von der Politik vorgegebenen Rahmenbedingungen zu entsprechen. Der Zugang zum europäischen Forschungsrahmenprogramm ist durch aktive Wirtschaftsförderung des Landes zu unterstützen.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



BVB / Freie Wähler setzen sich für eine permanente Überprüfung der Schnittmengen aus industrie-, forschungs- und technologiepolitischen Maßnahmen ein und fordern die Einbeziehung von Industrie- und Gewerbeverbänden sowie Netzwerken in diesem Prozess.

Um die Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburgischen Wirtschaft zu stärken und marktfähige Produkte und Dienstleistungen schneller zu entwickeln, ist es notwendig dafür geeignete Strukturen aufzubauen. Die Ausrichtung von wissenschaftlichen Instituten und Lehrstühlen ist dem Bedarf der Wirtschaft anzupassen. Die Zuständigkeiten zwischen Wirtschafts- und Forschungsministerium müssen gebündelt werden.

Forschung und Entwicklung

Der BVB/ Freie Wähler setzt sich dafür ein für Erststudenten bis zum Masterabschluss oder vergleichbarem Abschluss keinerlei Studien- oder Anmeldegebühren zu erheben. Wir wollen das Arbeitskräftepotential im Land unabhängig von der sozialen Herkunft fördern. Mit uns wird es auch keine versteckten oder anders benannten Studiengebühren geben.

Wir fordern eine verlässliche Finanzierung der Universitäten und Fachhochschulen sowie der Forschungsinstitute des Landes, der Lehrstühle und deren wissenschaftlichen Unterbau. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind mittel- bis langfristig auf einen Anteil von wenigstens 5 Prozent des BIP unseres Bundeslandes anzuheben.

Energiepolitik

BVB / FREIE WÄHLER setzt sich für ein Energiekonzept ein, welches eine Kombination aus Energiesicherheit, Wirtschaftlichkeit, Anwohnerschutz, Nachhaltigkeit und langfristiger Reduktion der CO₂- und Schadstoffemissionen anstrebt. Das Land Brandenburg muss sich noch stärker den Energieeffizienztechnologien zuwenden. Energieeinsparung und Vermeidung energetischer Verluste müssen zu Grundprinzipien im Land werden.

Beim Ausbau der Windenergie fordern wir eine Erhöhung des Mindestabstands zu Wohngebieten von 1.500 m oder dem 10-fachen der Anlagenhöhe, wie es in anderen Bundesländern bereits üblich ist. Im Gegenzug können willkürliche Höhenbeschränkungen für Windkraftanlagen entfallen. Den Bau in Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten lehnen wir ab. Dem Repowering

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



siedlungsferner Windparks ist der Vorzug vor weiterer Neuausweisung von Eignungsflächen zu geben.

Wir wollen Biogasgewinnung und Verwertung dort fördern wo sie nachhaltig betrieben werden kann und in einem verträglichen Verhältnis zur Lebensmittelproduktion steht. Der Anbau von Biorohstoffen steht in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion. Wir werden verantwortungsvoll Interessen gegeneinander abwägen. Der Aufbau von Monokulturen ist zu verhindern.

In der Photovoltaik sehen wir die Chance verbrauchernahe, dezentrale Erzeugerstrukturen aufzubauen und dadurch den Netzausbau zu begrenzen. Der Strom aus solaren Quellen muss in Zukunft noch stärker mit Speichern und anderen erneuerbaren Energieformen verknüpft werden.

Wir wollen die Lausitz als Energieregion langfristig erhalten und sie sozialverträglich auf regenerative Energieformen umbauen. Großtechnische Speichertechnologien und die vorhandene Netzinfrastruktur bilden das Rückgrat dieser Industrieregion in der Zukunft. Die vorhandene Netzanbindung ist eine Chance für die Region. Der Elektrolyse von Wasser zur Herstellung von Wasserstoff kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Kohleförderung soll mittelfristig nur noch zur stofflichen Nutzung erfolgen.

Wir akzeptieren die vorübergehende Fortführung der Braunkohlekraftwerke in Brandenburg, um die Energieversorgung der Region sicherzustellen. Mit der Zunahme der erneuerbaren Energien sind die Braunkohlekraftwerke jedoch schrittweise stillzulegen. Aufgrund der hohen Kosten und der möglichen Gefahren für die Umwelt lehnen wir die zwischenzeitliche Einführung einer CO²-Verpressung in tiefe Gesteinschichten vom Erdreich ab.

BVB/Freie Wähler setzt sich für den Ausbau der Energieagentur des Landes ein. Die Energieagentur kann wichtige Aufgaben bei der Umsetzung der Energiestrategie und den Masterplan Energietechnik leisten.

Die EEG-Umlage muss über eine Bundesratsinitiative derart modifizieren werden, dass die Belastung der Bürger über hohe Strompreise gestoppt und zurück gefahren wird. Dies ließe sich vor allem über eine deutliche Verminderung bis hin zu einer Streichung der Strompreissubventionierung für energieintensive Industrien erreichen.



6. Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Landwirtschaft

Eine am Bedarf ausgerichtete Kombination aus konventionellem und biologischem Landbau sowie der Erzeugung biogener Rohstoffe soll die Zielstellung für eine moderne Landwirtschaft ohne völlige Abhängigkeiten von EU-Ausgleichszahlungen sein. Förderung und professionelle Beratung durch das Land sind hierbei zielführend. Die ständig steigende Nachfrage nach Biolebensmitteln bietet eine Möglichkeit für die Landwirte der Region, ihr Einkommen marktorientiert zu erzielen und sich aus der Anonymität der Massenproduktion abzuheben. BVB / FREIE WÄHLER setzt sich für die Stärkung von Familien- und mittelständischen Landwirtschaftsbetrieben ein und lehnt monopolistische Strukturen ab. Innovationen sind aktiv zu fördern, um mittelfristige Lohnsteigerungen in der Landwirtschaft zu ermöglichen und damit den Betrieb perspektivisch sicherzustellen.

BVB / FREIE WÄHLER lehnt die Zufuhr pflanzenfremder Gene so lange ab, bis gesicherte Erkenntnisse für einen für Mensch, Flora und Fauna unschädlichen Anbau vorliegen. Die Monopolbildung durch Saatzuchtkonzerne kann nur verhindert werden, wenn die Gentechnik durch öffentliche Universitäten weiter entwickelt und kontrolliert wird. Dazu müssen entsprechend ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden. Nur so kann die Bevölkerung und Politik genügend Einfluss auf diese Entwicklung nehmen. Eine totale Verweigerungshaltung zur Gentechnik kann bei den Problemen der Ernährungssicherung, die in der Zukunft noch verstärkt auftreten werden und gelöst werden müssen, nicht Inhalt seriöser Politik sein.

Bei allen Plänen und daraus folgenden Maßnahmen muss man im Blick behalten, dass brandenburgische und deutsche Landwirte keiner Wettbewerbsverzerrungen in der EU ausgesetzt werden dürfen.

Landwirtschaftliche Betriebe bieten nicht nur Arbeitsplätze im ländlichen Raum, sondern sie stellen auch eine wesentliche Säule im sozialen und kulturellen Leben auf dem Land dar.

Verbraucherschutz

Die Verschwendung der Lebensmittel durch Vernichtung aufgrund einer zu unflexiblen Haltbarkeitsdatumregelung ist seitens der Forschung unverzüglich auf Optimierungsmöglichkeiten

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



zu untersuchen und die daraus resultierenden verantwortbaren Möglichkeiten sind kurzfristig umzusetzen.

Die Verwendung von Antibiotika ist in den letzten 3 Monaten vor der Verarbeitung von Tieren zu Lebensmitteln zu unterlassen. Dazu sind ebenfalls intensive Untersuchungen zu betreiben, um das Risiko der Resistenzbildung für den Menschen zu minimieren.

Die Rückverfolgbarkeit der Behandlung mit Arzneimitteln, von Haltungsbedingungen und der Erfüllung von Umweltauflagen müssen über die EU-Grenzen hinweg möglich sein.

Die Kontrolle von Produkten mit Bio-Siegeln ist so zu optimieren, dass ein Missbrauch ausgeschlossen werden kann. Die Vermarktung von regionalen Produkten muss von der Landes – und Bundesregierung unterstützt werden. Dabei kann den Menschen der Vorteil marktnaher Produkte besser und nachhaltiger dargestellt werden. Auch an dieser Stelle ist Transparenz notwendig. Um das sicher zu stellen, muss mehr Personal für die intensiveren Kontrollen eingesetzt werden

Es muss eine einfache, schnell erkennbare Kennzeichnung der Lebensmittel erfolgen. Das Prinzip der Ampel wird von BVB / FREIE WÄHLER unterstützt, da dadurch Aussagen über Marktnähe, den direkten Hersteller, Umweltstandard, CO₂-Energie-Wasserbilanz, Zuckergehalt, Fett, Kohlehydrate und Antibiotikaeinsatz getroffen werden können. Die Verwendung von Texten sollte dabei vermieden werden, um die Anwenderfreundlichkeit beim Verbraucher gewährleisten zu können.

In den Schulen ist das Unterrichtsfach Ernährung und Umwelt einzurichten.

BVB / FREIE WÄHLER setzen sich für verbraucherfreundliche Vertragskündigungen ein. Dabei sollen für Kündigungen von Verträgen genau die gleichen Bedingungen herrschen wie beim Abschluss. Es ist nicht weiter hinnehmbar, dass ein Vertragsabschluss sehr einfach (z.B. via Mausclick), eine Kündigung hingegen weitaus schwieriger (Brief mit Einschreiben, Fax) möglich ist.



7. Umwelt

Umwelt- und Naturschutz

Umwelt- und Naturschutz sind zwei der wichtigsten Ziele der Gesellschaft. Sie dienen dem Erhalt der Artenvielfalt ebenso wie der langfristigen Sicherung der menschlichen Lebensgrundlagen. Die Natur ist ein wichtiger Ort für die Erholung und Freizeitgestaltung der Bevölkerung. Gemeinsam mit der Kultur bildet die Natur zudem die Grundlage des Tourismus in Brandenburg. BVB / FREIE WÄHLER setzt sich aus diesen Gründen für einen Erhalt der Natur ein, die zudem für den

Menschen erlebbar bleiben soll. Auch beim Umweltschutz sind jedoch Kosten und Nutzen abzuwägen. Bereits vor dem Beginn von Umweltmaßnahmen sind Folgekosten und Entschädigungen abzuschätzen und in die finanzielle Planung einzubeziehen.

In der **Energieversorgung** Brandenburgs fordert BVB / FREIE WÄHLER aus Gründen des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes eine langfristige, schrittweise Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien. Dies soll jedoch ausdrücklich unter Rücksichtnahme auf Mensch, Natur, Landschaft und Wirtschaft geschehen. (siehe Energiepolitik).

In der **Forstwirtschaft** setzt sich BVB / FREIE WÄHLER **für Artenvielfalt ein und lehnt großflächige Monokulturen** ab. Wir stehen daher für den langfristigen Waldumbau, um mehr Kiefer- und Fichten-Monokulturen in **naturnahe Mischwälder** umzuwandeln. Die Artenvielfalt in den Wäldern würde steigen. Zudem werden sie gegenüber Krankheiten, Schädlingen, Waldbränden, Stürmen und klimatischen Veränderungen weniger empfindlich.

Bezüglich der **zu rekultivierenden Tagebauflächen** in der Lausitz fordern wir eine **Abkehr vom bisherigen Vorgehen der Rekultivierung durch Aufforstung in Form von Monokulturen**. Auf einigen geeigneten Flächen sollten keine Bodenverbesserungsmaßnahmen durchgeführt werden um wertvolle Biotop mit sauren Böden zu schaffen. Auf einigen Flächen sollten zwar Bodenverbesserung vorgenommen, aber nicht aufgeforstet werden. Hierdurch entstünden temporär offene Landschaften, auf denen sich im Laufe der Zeit auf natürlichem Wege Wälder ansiedeln würden. Statt einer großflächigen Kiefern-Monokultur entstünde ein Mosaik von Biotopen, in dem sich viele bedrohte Tier- und Pflanzenarten ansiedeln. Das eingesparte Geld kann zum Beispiel bei der Sanierung, Räumung oder Renaturierung von Flächen außerhalb der Tagebaugebiete sowie für die Verbesserung der Situation in den angrenzenden Dörfern eingesetzt werden.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



In der **Landwirtschaft** treten wir für eine **Mischung aus konventioneller und biologischer Landwirtschaft** ein, deren Anteile sich nach der Nachfrage am Markt richten, aber deren Förderung aus öffentlichen Mitteln auch auf einem vergleichbaren Niveau liegen muss. Großflächige Monokulturen, wie sie etwa bei einem massiven Ausbau der Biogasproduktion entstehen könnten, lehnen wir ab. Aufgrund des bereits ausgeschöpften Potentials lehnen wir den weiteren Ausbau der Nutzung von Holz als Energieträger ab.

Für BVB / FREIE WÄHLER ist auch die **Behebung der in der Vergangenheit verursachten Schäden an der Natur ein Ziel**. Wir setzen uns daher für die beschleunigte Beseitigung von militärischen und industriellen Altlasten ein, um diese Flächen für Mensch und Natur zurückzugewinnen.

Tierschutz

Eine artgerechte, ethisch verantwortliche Haltung von Nutztieren muss in der EU einheitlich geregelt sein. BVB / FREIE WÄHLER setzt sich für den Abbau und Ausgleich von Wettbewerbsverzerrungen ein.

Wir müssen bei den Bürgern für die Bereitschaft werben, den Nachteil der höheren Produktpreise für eine tiergerechtere Haltung in Kauf zu nehmen, da auf diese Weise auch unsere Nahrung gesünder wird.

Bestandsgrößen der Tierhaltung müssen grundsätzlich der Flächenstruktur einer Region angepasst werden. Das bedeutet, es muss genügend Fläche im Umkreis von 30 Kilometern für Getreide, Gülle und Mist vorhanden sein. In diesem Zusammenhang ist eine Berücksichtigung des ökologischen Fußabdrucks notwendig. Der Gülle-Tourismus muss unterbunden werden.

Tierversuche sind nur unter strengsten Auflagen und bei Nachweis der Notwendigkeit zuzulassen.

Eine artgerechte Haltung von Haustieren muss jederzeit gewährleistet sein.



Gewässerschutz

Der Ausgleich verschiedensten Ansprüche an den Wasserhaushalt durch die fortschreitende wirtschaftliche und touristische Entwicklung in Brandenburg und die Gefahren durch Hochwasser, Abwasserbelastung und Landwirtschaft ergeben die Verantwortung des Landes für einen umfassenden Umwelt- und Gewässerschutz.

Zur Entwicklung einer gerechten Wasser- und Abwasserpolitik gehört auch die konsequente Umsetzung verfassungsgerichtlicher Urteile. **Die in Brandenburg praktizierte Erhebung von so genannten Altanschießerbeiträgen verbunden mit einer 25-jährigen Verjährung ist aus rechtlichen und sozialen Gründen abzulehnen. Vielmehr sind Modelle zu gestalten, die dem tatsächlichen Nutzen der Bürger entsprechen und den sozialen Frieden in den Kommunen wahren.** Hier sollte die Abwasserentsorgung nach einem Vergleich zwischen den Varianten zentral – dezentral optimiert werden. Zentrale Lösungen sind tendenziell nur in Ballungsräumen und - wenn unter umweltschutzgesichtspunkten erforderlich - umzusetzen. Nur hier ist ein Anschluss- und Benutzungszwang erforderlich. Dezentrale Lösungen sollten auf dem Land der Normalfall werden.

Alle Gewässer sind so zu behandeln und zu bewirtschaften, dass sie sowohl zum Wohl der Allgemeinheit als auch dem Nutzen des Einzelnen dienen. Jede vermeidbare Beeinträchtigung hat zu unterbleiben. **Die gewissenhafte Überwachung und Regulierung der Gewässer, des Grundwassers sowie umfangreiche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr unterschiedlicher Art müssen unsere Ziele sein.**

Zum Erhalt der Kulturlandschaften, Schutz der Siedlungsflächen und landwirtschaftlichen Nutzflächen vor zu hohen Grundwasserständen und bewusst herbeigeführten Überflutungen sind darüber hinaus folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Schaffung von Möglichkeiten und Strukturen, die vor, während und nach Unterhaltungs-, Um- und Ausbaumaßnahmen sowie Renaturierungsmaßnahmen ein aktives Mitwirken der Bürger sowie ständige öffentliche Kontrolle gewährleisten.
2. Sicherstellung einer langfristigen, strategischen Wasserregulierung, die bei Hoch- und Niedrigwasser die Kulturlandschaft, Siedlungsfähigkeit und die wirtschaftlichen Belange (Land-, Forst-, Wasserwirtschaft, *Tourismus*) ebenso berücksichtigt wie eine intakte und gesunde Natur.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



3. Einhaltung der Forderungen des Grundgesetzes Artikel 14 (1) „*Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet*“. Das Eigentumsrecht darf nicht ausgehöhlt werden.
4. Prüfung aller abgeschlossenen, laufenden und beabsichtigten Renaturierungs- und Gewässer-umbaumaßnahmen auf Rechtmäßigkeit und Umweltverträglichkeit. Bei Rechtswidrigkeit bzw. Rechtsverletzungen ist der Ausgangszustand wieder herzustellen.
5. Prüfung auf einen „enteignungsgleichen Eingriff“ für Eigentumsverletzungen durch rechtswidrige hoheitliche Eingriffe. Wenn ein solcher Eingriff vorliegt, ist Schadensersatz zu leisten.
6. Als erster Schritt in Richtung auf eine Umkehr der Beweislast eines zweifelsfreien Nachweises im Schadensfall vom Geschädigten auf den Verursacher fordern wir, dass die Widerlegung der Verursachervermutung bereits durch glaubhaftgemachte Indizien erfolgen kann und als ausreichend angesehen wird.
7. Das Kommunale Abgabengesetz (KAG) und die Verbandssatzungen müssen dringend dahingehend modernisiert werden, dass die Bürger jederzeit kontrollieren können und (ökologische) Alternativen nicht weiter kriminalisiert werden.
8. Die Landesregierung übt Einfluss auf die Erfüllung der Aufgaben der unteren Behörden (UNB, UWB) aus und gewährleistet die Schaffung gesetzlicher Vorgaben zu grundlegenden Themen des Wassermanagements (z.B. Grundräumung, Gewässerunterhaltung, Hochwasser etc.).
9. Schaffung eines ungehinderten, praktikablen und vollständigen Zugriffs der Öffentlichkeit auf alle mit Steuergeldern und Fördermitteln aus Steuergeldern erhobenen Daten und Dokumente.
10. Die geplante Rechtsverordnung der Landesregierung zur Regulierung des Biberbestands darf sich nicht nur auf Deiche, Fischteiche und Verkehrswege beschränken, sondern muss auch die Be- und Entwässerungsgräben/-anlagen einbeziehen, da es durch die inzwischen flächendeckend vorhandenen Biberdämme zunehmend zu empfindlichen Störungen der Entwässerungssysteme kommt.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Zum Problem der „Verockerung“ der Spree (Pyritproblem) fordern wir Aufklärung durch die Landesregierung zu nachfolgenden Fragen:

1. Zu den **Ursachen/Verantwortlichkeiten von Behörden/Entscheidungsträgern mit Name und Dienststellung** der jahrelangen Einleitung von Gift-, und Schadstoffen in das gesamte Gewässersystem der Spree im Land Brandenburg.
2. Über den **tatsächlichen Gewässerzustand** der Spree in allen ihren Flussabschnitten inklusive deren Zuflüssen.
3. Über die **Höhe der Schädigung** der Biosphären / FFH-Gebiete / landwirtschaftlichen Nutzflächen / des Tourismus / der betroffenen Siedlungsgebiete / sämtlicher relevanten Hochwasserschutzbauwerke
4. Über die Nachhaltigkeit der eingeleiteten Maßnahmen zur Schadensbegrenzung
5. Über die Planungen für eine **zeitnahe, frühzeitige Bürgerbeteiligung** aller BI's / der Bürger in den einzelnen Flussabschnitten.

Als Lösungsansatz für dieses Problem fordern wir die **Bildung eines "Landesbetriebes Wasser"** mit entsprechenden Betriebsteilen/Niederlassungen; Übernahme der hoheitlichen Aufgaben der Verbände, zentrale Finanzierung, Führung und Kontrolle als landeseigener Betrieb, Ausstattung mit entsprechenden Fachpersonal/Technik, also wie Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg. (Beispiel: Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küstenschutz und Naturschutz)

BVB / FREIE WÄHLER setzt sich nicht nur aus Gründen des Hochwasserschutzes für die Rückverlegung von Deichen und die Schaffung von naturnahen Flutungsgebieten auf geeigneten Flächen entlang Elbe und Oder ein. Hierdurch wird der Natur wieder mehr Platz gelassen, um artenreichen Auwälder zu bilden, die in Deutschland besonders seltenen sind. Sie könnten als Naherholungsgebiete genutzt werden und den Naturtourismus fördern. Für die hierfür benötigten Flächen sind die Eigentümer bzw. betroffene landwirtschaftliche Betriebe zu entschädigen oder umzusiedeln.



8. Inneres und Justiz

Verwaltungsorganisation

Intelligente Verwaltungsmodernisierung statt Kreis- und Gemeindegebietsreform

Auch die (räumliche) Gestaltung und Organisation der öffentlichen Verwaltungen spielt für die Entwicklung unseres Landes eine zunehmend wichtige, unterstützende Rolle. **Hier werden BVB / FREIE WÄHLER vor allem darauf achten, dass die bestehenden Verwaltungen nach den neuesten verwaltungswissenschaftlichen Erkenntnissen optimiert und entsprechend strukturiert werden und endlich auch die erforderlichen Ressourcen für diesen Prozess bereit gestellt werden.**

Weiterhin wollen wir sicherstellen, dass die Erreichbarkeit für die Bürger und Unternehmen gewährleistet wird. Deshalb lehnen wir eine erneute Verwaltungsgebietsreform mit einer Gemeinde- und Kreisgebietsreform als in Zeiten des Internets unsinnig und nicht zielführend ab und werden Interkommunale Kooperationen und den Aufbau von so genannten Backoffices gezielt fördern und unterstützen. Zur weiteren Diskussion zu diesem Thema ist zuerst einmal eine vorbehaltlose Auswertung der Erfahrungen mit der letzten Verwaltungsgebietsreform im Hinblick auf die damit verfolgten Zielstellungen erforderlich.

Intensivierung der Öffentlichkeitsbeteiligung in Planungs- und Zulassungsverfahren zur frühzeitigen Konfliktvermeidung bei entsprechenden Verwaltungsverfahren

Dies ist eine wichtige Zielsetzung zur demokratischen Beteiligung an Verwaltungsverfahren wie beispielsweise Planfeststellungsverfahren. Dies könnte in höherem Maße als bisher in einem dreistufigen Beteiligungsverfahren gewährleistet werden:

1. Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung vor dem eigentlichen Verfahren

Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung ist die frühe Beteiligung der Öffentlichkeit durch den Vorhabenträger, bei der die betroffene Öffentlichkeit vor Antragstellung über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen, und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichtet sowie ihr Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wird.



2. Nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung

Die nicht-förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung ist die Beteiligung der Öffentlichkeit nach der Antragstellung oder der sonstigen Verfahrenseinleitung, die während eines Verwaltungsverfahrens ergänzend zur förmlichen Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt wird.

3. Beteiligungsscoping oder Partizipationsberatung

Das Beteiligungsscoping ist die Untersuchung der Beteiligungsrelevanz durch den Vorhabenträger, der auf Grundlage einer Umfeldanalyse einen Kreis von Vertretern der Nachbarschaft und der vom geplanten Vorhaben betroffenen Belange sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger einlädt, um gemeinsam die geeigneten Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung zu entwickeln.

Innere Sicherheit

Das Thema innere Sicherheit soll den Schutz der Bürger und des Staates vor terroristischen Anschlägen, Kriminalität und Gewalt beinhalten. In einer demokratischen Gemeinschaft muss die Sicherheit und Ordnung zum Wohle aller gewahrt werden.

Auf der anderen Seite muss hier aber auch die Balance zwischen Bürgerrechten und Freiheiten auf der einen Seite und Eingriffsrechten und Präventivmaßnahmen des Staates auf der anderen Seite eingehalten werden.

BVB / FREIE WÄHLER steht für einen Abbau des Überwachungsstaates und eine Erhöhung der informationellen Selbstbestimmung. Eingriffe in die Privatsphäre sollen die absolute Ausnahme sein und bedürfen in jedem Fall eines richterlichen Beschlusses nach Einzelfallentscheidung.

Zugleich **lehnen wir jedoch einen weiteren Abbau von Personal bei der Polizei ab**. Die Erhöhung der inneren Sicherheit sowie die Prävention und Aufklärung von Straftaten kann auf diesem Wege in Brandenburg nicht erreicht werden. Die Zentralisierung der Polizeireviere steht der Ortskenntnis entgegen, die für eine schnelle Reaktion auf Sicherheitsrisiken notwendig ist. Die Polizeipräsenz und somit das schnelle Erscheinen vor Ort sind durch angemessene Reaktionszeiten – ähnlich den Hilfsfristen im Rettungsdienst - im ganzen Land abzusichern.

Die Verbesserung der Ausbildung unterstützen wir vorbehaltlos. Eine Verringerung des Personals steht diesem Vorhaben allerdings entgegen.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Wir fordern eine umfängliche Betrachtung extremistischer Strukturen aller Richtungen weil sie eine Gefahr in Bezug auf die innere Sicherheit. BVB / FREIE WÄHLER steht für eine objektive Beobachtung aller Gegner der Demokratie und des Rechtsstaates ein.

Justiz

Die BVB / Freie Wähler sprechen sich für **eine grundsätzliche Stärkung des Justizwesens** aus. Das Bewusstsein für die verantwortungsvolle und umfangreiche Arbeit der dritten Staatsgewalt ist zu schärfen. Sie ist dementsprechend organisatorisch, finanziell und personell auszustatten.

Im Interesse einer bürgernahen Gerichtsdichte sind die derzeit tätigen Amtsgerichte zu erhalten. Eine jahrelange Prozessdauer schmälert die Akzeptanz von Gerichtsentscheidungen und hilft nicht eben gerade bei der Konfliktschlichtung. Der lokale Bezug ist auch im Bereich der

Rechtsprechung ein erhaltenswürdiger Wert. Zugleich sprechen wir uns für die Beibehaltung der gewachsenen 4 Landgerichtsbezirke aus und unterstützen den Verbleib des Oberlandesgerichts in der Stadt Brandenburg an der Havel.

Die Sicherheit der Bevölkerung uns ist ein hohes Gut. Auf die Ängste und Empfindungen der Menschen ist einzugehen. Neben den 2013 in Kraft getretenen modernen Gesetzen zum Justizvollzug bedarf es auch der **Entwicklung nachhaltiger Qualitätskriterien zur Kontrolle der Justizvollzugsanstalten.** Im Interesse besserer Straftatenprävention ist eine stärkere Unterstützung und qualitative Ausstattung der Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen angezeigt.

Im Bereich der Grenzkriminalität werben wir für eine engere Zusammenarbeit mit den polnischen Behörden und Justizbediensteten. Es sind gemeinsame Lösungen zu finden, die die europäischen Errungenschaften der letzten Jahre nicht in Frage stellen.

Uns ist ebenso wichtig, dass die Bürgerrechte gestärkt und ausgebaut werden. So ist etwa in der täglichen Arbeit der Polizei streng auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Richtervorbehalt in Ermittlungsverfahren zu achten. **Es ist nicht hinnehmbar, dass sich in weiten Bereichen eine „gewöhnheitsrechtliche“ Grundrechtseinschränkung etabliert, die im Widerspruch zu rechtsstaatlichen Verfahrensgrundsätzen steht.**

Die BVB / Freie Wähler werden nach der Wahl einen **Vorschlag zur Entwicklung justizieller Selbstverwaltungsstrukturen in den Landtag einbringen.** Hierdurch sollen die Gerichte in ihrer Arbeitsweise und ihrem Ansehen als unabhängige rechtsprechende Gewalt gestärkt werden.

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Insbesondere sind die offensichtlich parteipolitisch motivierten Besetzungen der Verfassungsrichterstellen durch ein transparentes, unpolitisches Verfahren zu ersetzen. Aus den Erfahrungen der Schöffenwahl sind zudem konkrete Konsequenzen zu ziehen. **Das richterliche Ehrenamt ist zu stärken und die Öffentlichkeit ist über das Auswahlprozedere umfangreicher zu informieren.**

Die fortschreitende Verschmelzung der Justizverwaltung mit dem Land Berlin lehnen wir ab. Brandenburg verfügt über eine frische Gesamtstruktur mit vielen motivierten Angestellten und Beamten. Die Justizhoheit muss schon aus rechtsstaatlichen Erwägungen im eigenen Bundesland verbleiben.

Der Beitrag des Verfassungsgerichts zur Rechtsentwicklung und seine Rolle im Staatsgefüge sind anzuerkennen und auch im Rahmen der allgemeinen und der Rechtsausbildung bewusster zu machen.

Datenschutz

BVB / FREIE WÄHLER tritt für einen ausgewogenen Datenschutz der Bürgerinnen und Bürger ein. Es darf keine Überwachung ohne begründeten Anfangsverdacht und ohne richterlichen Beschluss geben. Explizit sollen hier Online-Durchsuchungen („Bundes-Trojaner“), Lauschangriff, Rasterfahndung sowie das Auswerten von biometrischen Daten und Bewegungsprofile genannt werden.

Dieses Recht soll dem Bürger auch gegenüber Behörden eingeräumt werden, die die Daten nicht ohne Bestätigung weitergeben dürfen.

Schaffung eines ungehinderten, praktikablen und vollständigen Zugriffs der Öffentlichkeit auf alle mit Steuergeldern und Fördermitteln aus Steuergeldern erhobenen Daten und Dokumente.



9. Haushalt und Finanzen

Die BVB / FREIE WÄHLER bekennt sich zum Ziel einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung. Die Steuerzahler haben das Recht, dass ihr Geld sinnvoll und sorgsam verwendet wird. Dabei hat für uns die Vermeidung von Nettoneuverschuldungen oberste Priorität. Wir halten den Verzicht auf die Aufnahme von neuen Krediten spätestens ab dem Haushaltsjahr 2015 für möglich. Ab sofort müssen die finanziellen Spielräume, die insbesondere durch historisch niedrige Zinsen auf die Landesschuld entstehen, konsequent genutzt werden, um die im Jahr 2014 bestehende Gesamtverschuldung des Landes in Höhe von annähernd 20 Mrd. EUR sukzessive abzubauen. Ab dem Jahr 2018 streben wir eine jährliche Reduzierung des Schuldenstandes von 100 – 200 Mio. EUR an. Nur so gewährleisten wir eine nachhaltige sowie stabile Finanzsituation des Landes und belasten die zukünftige Generation nicht über das erträgliche Maß hinaus.

BVB / FREIE WÄHLER sieht den Schlüssel zum Erfolg vor allem in einer konsequenten Personalpolitik und Schuldentilgung. Die derzeitige Zahl von mehr als 50.000 Landesbediensteten ist sukzessive zu reduzieren und die Effizienz der Landesbehörden zu steigern. Wir streben mittelfristig eine Personalausgabequote von unter 25% an, indem wir die Abschaffung sämtlicher Landesämter, und die Zuordnung und Übertragung der Aufgaben an die Landesministerien und die Landkreise anstreben.

Des Weiteren lehnen wir überdimensionierte Landesinvestitionen ab und fordern deren strikte Deckelung. Zudem fordern wir perspektivisch eine Reduzierung der unmittelbaren Landesbeteiligungen, um daraus resultierende wirtschaftliche Risiken zu minimieren und den

Schuldenabbau gezielt zu unterstützen. Wir halten dabei mittelfristig einen Eigenkapitalanteil von maximal 1 Mrd. EUR und eine Bilanzsumme von 12 Mrd. EUR der unmittelbaren Landesbeteiligungen für sinnvoll.

Der kommunale Finanzausgleich als die Grundlage dafür, dass die Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Aufgaben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung erfüllen können, **ist durch die Erhöhung des Landesbeitrags weiter zu stärken, zu vereinfachen und für Jeden transparent und nachvollziehbar zu gestalten.** Dafür streben wir mittelfristig eine Steigerung der kommunalen Beteiligung am Landesanteil der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Umsatzsteuer von derzeit 20% auf 22% an. **Das Konnexitätsprinzip ist grundsätzlich zu wahren.**

Brandenburger Vereinigte Bürgerbewegungen / Freie Wähler

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Zur Förderung der strukturschwachen und von der demografischen Entwicklung besonders betroffenen Städte, Gemeinden und Landkreise werden wir die optionale Grundlage für die allgemeinen Schlüsselzuweisungen gemäß § 20 Satz 2 BbgFAG auf den durchschnittlichen Bevölkerungsstand der letzten fünf Jahre ausdehnen. Die Vorwegentnahme zur Förderung der Landeshauptstadt Potsdam lehnen wir ab, um eine faire und gerechte Beteiligung aller Kommunen zu ermöglichen. Ferner fordern wir eine konsequente und kostendeckende Finanzausstattung der Kommunen bei zusätzlichen Übertragungen von Aufgaben des Landes. Bundesmittel, die den Kommunen für Ihre Aufgaben zur Verfügung gestellt werden, sind vom Land ungekürzt weiterzuleiten.

Bei der **Erstellung der Haushaltspläne und mittelfristigen Finanzplanungen** fordert BVB / FREIE WÄHLER eine offenere und transparentere Informationspolitik. Die Bürger sind dabei im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsverhandlungen aktiv zu beteiligen und Anregungen und Vorschläge wohlwollend zu prüfen. **Auf kommunaler Ebene sollen verpflichtend Bürgerhaushalte eingeführt werden, um den Bürgern eine direkte Gestaltung und Einflussnahme zu ermöglichen und damit die Akzeptanz der Entscheidungen zu erhöhen.** Dies kann jedoch nur dann erreicht werden, wenn die Bürger auch die Grundsatzentscheidungen bei den großen Investitionen mit treffen können. Nach einer flächendeckenden Einführung von Bürgerhaushalten in Städten, Gemeinden und Landkreisen streben wir an, dies auch auf Landesebene durch die Entwicklung eines geeigneten Beteiligungsverfahrens zu verwirklichen.

Die den Kommunen von Land verordnete doppische Haushaltsführung hat den Brandenburger Städten, Gemeinden und Landkreisen in den letzten Jahren viel Kraft und Mühen abverlangt. Wir halten es für befremdlich, dass das Land den eigenen Haushalt jedoch weiterhin im Rahmen des kameralistischen Regelwerks erstellt, gleichzeitig jedoch die Vorzüge der Doppik immer wieder offensiv vertritt. **Wir lehnen es ab, dass auf Landes- und Kommunalebene unterschiedliche Haushaltskonzepte zur Anwendung kommen.** Wir fordern eine vorbehaltlose Überprüfung der kommunalen Erfahrungen mit der doppischen Haushaltserstellung insbesondere hinsichtlich der damit ursprünglich angestrebten Vorteile. Im Falle der Beibehaltung derselben sollte diese auch für die Erstellung des Landeshaushalts verbindlich werden.



10. Stichwortverzeichnis

Arbeitsmarktpolitik	3
Behindertenrechte	4
Bildungspolitik	8
Datenschutz	35
Ehrenamt	2
Energiepolitik	23
Fahrradverkehr.....	21
Familienpolitik.....	5
Flugverkehr.....	18
Forschung und Entwicklung.....	23
Gesundheit.....	12
Gewässerschutz.....	29
Infrastrukturpolitik.....	15
Innere Sicherheit	33
Innovationspolitik	22
Justiz.....	34
Kinder und Jugend	6
Kulturpolitik	11

**Brandenburger Vereinigte
Bürgerbewegungen / Freie Wähler**

Die unabhängige Kraft für Brandenburg



Ländliche Entwicklung	14
Migrationspolitik	9
Nichtraucherschutz	12
Öffentlicher Personennahverkehr	17
Öffentliches Straßennetz	21
Schienenverkehr.....	20
Seniorenpolitik.....	6
Sozialpolitik.....	4
Sportpolitik	11
Strukturpolitik	13
Tierschutz	28
Umwelt- und Naturschutz	27
Verbraucherschutz	25
Verkehrspolitik	16
Verwaltungsorganisation.....	32
Wasserstraßenverkehr	20
Wirtschaftspolitik.....	22